
Dokumentation

Gewerkschaftliche Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung*

Kolleginnen und Kollegen!

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das wichtigste politische Anliegen der Arbeitnehmer. Das ist plausibel, das zeigen unsere Diskussionen vor Ort, das ist aber auch durch die Meinungsforschung bewiesen. Wir haben mit der Politik der Arbeitszeitverkürzung das Unsere getan, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, und dies werden wir fortsetzen.

Aber wir können mit Tarif politik nicht alles wettmachen, was beschäftigungspo-

litisch von der Regierung versäumt wird, was wirtschaftspolitisch falsch und was sozialpolitisch kaputtgemacht wird. Um so weniger kann es uns gleichgültig sein, wenn - wie durch die Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetz - die Durchsetzungsbedingungen unserer Tarifpolitik durch eine faktische Einschränkung des Streikrechts erschwert werden. Deshalb kann es uns nicht gleichgültig sein, wer nach der Bundestagswahl im kommenden Januar regiert, deswegen tragen wir diese Fragen mit unseren Wahlprüfsteinen in den Wahlkampf hinein.

Auszug aus einer Rede von Lothar Zimmermann (Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB) bei der DGB-Fachtagung zur Arbeitszeitverkürzung in der Stadthalle Bergen-Enkheim am 11. Dezember 1986.

Eines aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unabhängig davon, wie auch immer die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse in Bonn im nächsten Jahr aussehen werden: Das sind unsere tarifpolitischen Forderungen und das ist insbesondere unser Kampf für weitere Arbeitszeitverkürzungen. Das ist Ausdruck autonomer Entscheidung.

Denn eines steht fest: Mit immer weniger Arbeit kann immer mehr produziert werden. Das bedeutet unter den heute erreichten Wachstumsbedingungen in den kapitalistischen Industrieländern: Entweder wachsende Arbeitslosigkeit für viele oder kürzere Arbeitszeit für alle.

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit muß die Arbeit besser verteilt werden. Die Gewerkschaften setzen sich für eine ganze Bandbreite tariflicher und gesetzlicher Arbeitszeitverkürzungen ein, aber wir setzen auch Akzente und Schwerpunkte. Weniger Arbeitslose, gesicherte Arbeitsplätze, menschlichere Arbeitsbedingungen, mehr freie Zeit - das sind Vorteile der Arbeitszeitverkürzung, die Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konkret erfahren haben, seit das Tor zur 35-Stunden-Woche aufgestoßen und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit erreicht wurde. Diesen Vorteilen haben die Arbeitgeber nichts entgegenzusetzen.

Mehr Arbeitsplätze, mehr Menschlichkeit, mehr Freizeit

Wirtschaftswachstum und Konjunkturaufschwung sind an den Arbeitslosen vorbeigegangen. Die registrierte Arbeitslosigkeit verharrt noch immer über der 2-Millionen-Grenze. Hinzu kommt die sogenannte „stille Reserve“ von über einer Million Arbeitssuchenden. Das ist eine Arbeitsplatzlücke von mehr als drei Millionen. Diese Massenarbeitslosigkeit ist ein politischer Skandal. Wenn keine Gegensteuerung erfolgt, dann fehlen in einigen Jahren vier Millionen Arbeits-

plätze oder mehr, Massenarbeitslosigkeit für den Rest dieses Jahrhunderts - das dürfen wir nicht zulassen.

Die Bundesregierung hat die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit versprochen - aber versagt. Die Rezepte der Unternehmer - niedrige Löhne, einseitige Steigerung der Gewinne - waren untauglich. Trotz Exportboom und konjunktureller Aufschwungs-Phase ist es nicht gelungen, die Arbeitslosigkeit in größerem Maße abzubauen.

Den wichtigsten Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben die Gewerkschaften geleistet. Die von den Gewerkschaften erkämpfte Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen hat in den letzten beiden Jahren Arbeitsplätze für mehr als 200000 Menschen erbracht. Dieser Erfolg muß ausgebaut werden:

- Wir brauchen weiterhin Arbeitszeitverkürzung, um die Arbeit gerechter zu verteilen, um Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen.
- Wir brauchen kürzere Arbeitszeiten, um Belastungen abzubauen, die Gesundheit besser zu erhalten und das Leben zu verlängern.
- Wir brauchen mehr Freizeit zur Erholung und Entfaltung, Zeit für Familie und Freunde, für die Teilnahme am sozialen, politischen und kulturellen Leben.

Die arbeitszeitpolitischen Voraussetzungen sind in den DGB-Gewerkschaften und ihren Organisationsbereichen verschieden, aber wir alle streben gemeinsam an: mehr Arbeitsplätze, mehr Humanisierung der Arbeit, mehr Freizeit. Das sind drei gute Gründe, den nächsten Schritt zu tun, und - wie der DGB-Bundeskongreß im Mai 1986 bekräftigt hat - weitere Verkürzungen der Arbeitszeit durchzusetzen.

Die Manipulation mit unterschiedlichen und variablen Arbeitszeiten mit dem Ziel, den menschlichen Arbeits-einsatz noch stärker anzupassen, um das eingesetzte Kapital maximal und

am liebsten rund um die Uhr zu bewerten, führt nicht zu mehr, sondern zu -weniger Arbeitsplätzen, entmenschlicht die Arbeit und schmälert den Wert der Freizeit. Die Gefahr der Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses darf nicht unterschätzt werden.

Gewerkschaftliche Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung

Die Arbeitszeit muß verkürzt und sozial gestaltet werden. Das ist heute notwendiger denn je, das ist das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund. Arbeitszeitverkürzung in verschiedenen Formen und Abwehr profitorientierter Flexibilisierung - dazu fordern die Gewerkschaften:

1. Die 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer. Dieses Ziel steht im Vordergrund, dafür arbeiten wir zusammen. 35-Stunden-Woche in allen Bereichen - das bedeutet: 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze, weniger Streß, mehr Freizeit und mehr Menschlichkeit für alle abhängig Beschäftigten.

2. Wir fordern die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Die steigende Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit macht den vollen Lohnausgleich möglich, er ist wirtschaftlich sinnvoll und sozial unerlässlich.

3. Wir wollen eine humane und soziale Gestaltung der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften sagen JA zu mehr Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit im Interesse der Arbeitnehmer selbst; vernünftig geregelte Gleitzeit und versetzte Arbeitszeiten können die generelle Verkürzung der Arbeitszeit ergänzen, aber nicht ersetzen. Wir sagen NEIN zur inhumanen Anpassung der Arbeitszeit an die jeweilige Maschinenauslastung und Auftragslage. Schwankungen der wöchentlichen Arbeitszeit müssen durch enge Ausgleichszeiträume begrenzt werden.

4. Überlange Arbeitstage beeinträchtigen die Gesundheit und die sozialen

Kontakte im Alltag. Auch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit rechtfertigt nicht, die Arbeitszeit an einzelnen Wochentagen übermäßig zu konzentrieren. Daher wird auch die tarifvertragliche Festlegung der maximalen Tagesarbeitszeit gefordert, beispielsweise die Begrenzung auf höchstens 8 Stunden pro Arbeitstag.

5. Das freie Wochenende muß erhalten bleiben. Die 5-Tage-Woche ist tarifvertraglich weitgehend durchgesetzt. Für die meisten Arbeitnehmer bedeutet dies neben dem freien Sonntag in der Regel auch den freien Samstag. Das soll auch so bleiben.

6. Das Vorruhestandsgesetz muß verlängert und seine Leistungen verbessert werden.

7. Die Arbeitszeit für besonders belastete Arbeitnehmergruppen insbesondere in Schicht-, Nacht- und Wochenendarbeit sowie für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muß durch zusätzliche, bezahlte Freizeit verkürzt werden.

8. Teilzeitarbeit darf nicht von den Arbeitgebern aufgezwungen werden. Freiwillige Teilzeit-Arbeitsverhältnisse müssen tarifvertraglich geregelt und sozialversicherungsrechtlich abgesichert werden.

9. Sechs Wochen Jahresurlaub haben die Gewerkschaften schon für viele Arbeitnehmer erreicht. Mindestens sechs Wochen Urlaub pro Jahr - das wollen wir für alle Beschäftigten.

10. Überstunden müssen abgebaut werden, um gesundheitliche Gefährdungen zu verringern und um Hunderttausenden von Arbeitslosen eine Beschäftigung zu ermöglichen. Während Unternehmer und Regierung davon nur reden, fordern die Gewerkschaften die tarifvertragliche Begrenzung der Mehrarbeit und den Ausgleich in Freizeit. Darüber hinaus fordert der DGB auch ein fortschrittliches Arbeitszeitgesetz, das die Überstunden begrenzt und 40 Stunden in der Woche als Obergrenze einführt.

Jetzt Solidarität für „35“!

Aktuell steht heute die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und die Abwehr der unternehmerischen Flexibilisierungs-Vorstellungen auf der Tagesordnung. Die IG Metall hat die neue Tarifrunde im Kampf um die 35-Stunden-Woche eröffnet. Die IG Druck und Papier stellt sich in der kommenden Tarifrunde das gleiche Ziel.

Der erfolgreiche Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Jahre 1984, mit dem das Arbeitgeber-Tabu der 40-Stunden-Woche durchbrochen wurde, und die positiven Auswirkungen der 38,5- bzw. der 38-Stunden-Woche auf Beschäftigung und Freizeit haben dazu geführt, daß die Zustimmung zum Ziel der 35-Stunden-Woche in der Bevölkerung deutlich zugenommen hat. Insofern sind die Bedingungen für die gewerkschaftliche Mobilisierung und die gesellschaftliche Unterstützung dieser Forderung heute günstiger als 1983/84.

Aber die Widerstände der Unternehmer und der konservativen Politiker sind nicht geringer geworden. Die Front aus Kapital und Kabinett gegen generelle Arbeitszeitverkürzung mag sich taktisch gewandelt haben, in der prinzipiellen Ablehnung sicher nicht. Daher können wir nicht davon ausgehen, daß die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche heute leichter fällt als vor drei Jahren. Nur wenige Stunden, nachdem die IG Metall den Arbeitgebern ihr Forderungspaket zur 35-Stunden-Woche übermittelt hatte, lehnte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall nach Abstimmung mit seinen regionalen Verbänden diese Forderungen strikt ab. Offenbar sind die Unternehmer trotz der Umverteilungsgewinne der letzten Jahre nicht bereit, durch Entgegenkommen in Sachen Arbeitszeitverkürzung ihren überfälligen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Offenbar wollen die Arbeitgeber auch diesmal nicht der sozialen Vernunft stattgeben, sondern beharren auf ihren kurzfristigen Klassen- und Profitinteressen. Die konservativ-liberale Regie-

rungskoalition war ihnen zu Diensten und hat den § 116 des Arbeitsförderungs-gesetzes zu ihren Gunsten geändert. Damit wurde den Unternehmern die kalte Aussperrung als ein Kampfmittel mit neuer Wirksamkeit gegen die Streikfähigkeit der Gewerkschaften in die Hand gegeben. Offenbar streben die Arbeitgeber daher erneut die gesellschaftliche Machtprobe an.

Es bleibt uns keine andere Wahl, als diese Herausforderung anzunehmen, wenn wir nicht kampfflos auf die 35-Stunden-Woche verzichten wollen. Das wäre der Abschied von gestaltender Tarifpolitik auf unabsehbare Zeit. Ein Erfolg der Industriegewerkschaften Metall sowie Druck und Papier in dieser Arbeitszeitrunde ist daher für uns alle unerlässlich. Wir können in dieser Arbeitszeitrunde nur bestehen, wenn wir nicht nur in der Metall- und Druckindustrie, sondern in der gesamten Gewerkschaftsbewegung alle unsere Kräfte mobilisieren. Je stärker der Druck ist, den wir für unsere Sache entfalten können, und je deutlicher es uns gelingt, Kampf- und Opferbereitschaft zu mobilisieren, desto eher können annehmbare Ergebnisse am Verhandlungstisch erreicht werden, desto besser können die Gewerkschaften einen Arbeitskampf durchstehen, wenn sie dazu gezwungen werden.

Mehr noch als 1983/84 ist diesmal von vornherein die organisierte Solidarität des gesamten DGB und aller Menschen, die für den sozialen Fortschritt und die gesellschaftliche Vernunft eintreten, notwendig. Wir können es uns gar nicht genug bewußt machen: Die Verkürzung der Arbeitszeit beeinflußt maßgeblich auch die künftige Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Lebensbedingungen.

Die gerechte Verteilung der Arbeit ist eine gesellschaftspolitische Schlüssel-frage für den Rest dieses Jahrhunderts.

Wir wollen mit Hoffnung in die Zukunft gehen. Das heißt im Klartext: Existenzsicherung für alle unter sozialen und humanen Arbeits- und Lebensbedin-

gungen; und diejenigen dabei nicht vergessen, die draußen stehen und keine Arbeit haben. Das heißt: mitgestalten und solidarisch sein.

Deshalb: Arbeitszeitverkürzung ist notwendiger denn je!